

Landtagswahl aus jüdischer Sicht Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Halle: „Die AfD spricht Probleme an“

Von Denny Kleindienst 25.09.2026, 05:59



Max Privorozki ist der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Halle. (Foto: Soeren Stache/dpa-Zentralbild/dp)

Halle (Saale)/MZ. - Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Halle, Max Privorozki, zeigt Verständnis für das starke Abschneiden der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Mit Denny Kleindienst sprach er außerdem über Antisemitismus innerhalb der Linken und des BSW sowie modernen Judenhass.

Herr Privorozki, zu Wochenbeginn wurde Jom Kippur gefeiert. Wie haben Sie den Feiertag begangen?

Max Privorozki: Jom Kippur ist einer der wichtigsten Tage im jüdischen Jahr. Viele Juden in Israel und in der Diaspora halten den Schabbat oder die Speisegebote im Alltag nicht streng ein. An Jom Kippur machen jedoch viele eine Ausnahme. Daran sieht man, welche Bedeutung dieser Tag hat. Auch in unserer Synagoge versammelten sich über den Tag hinweg viele Menschen zum Gebet.

Wurde dabei der Anschlag von Halle, der am 9. Oktober 2019 an genau diesem Feiertag von einem Rechtsextremisten verübt wurde, thematisiert?

Wir erinnern jedes Jahr an Jom Kippur mit einem Gebet an die Opfer des Anschlags, Jana und Kevin. Das Wort „thematisieren“ trifft es für mich nicht ganz: An Jom Kippur wird vor allem gebetet.

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt verpasste die als rechtsextremistisch eingestufte AfD nur knapp die absolute Mehrheit. Fürchten Sie unter einer AfD-Landesregierung mögliche Folgen für jüdische Menschen im Land?

Ich bin ein pragmatischer Mensch: Das Wahlergebnis ist, wie es ist, und die Gründe dafür sind zumindest teilweise nachvollziehbar. Wenn Menschen den Eindruck haben, dass vieles schief läuft und die regierenden Parteien ihre Probleme nicht lösen, suchen sie nach Alternativen. Die AfD trägt dieses Wort sogar im Namen.

Sie spricht Probleme an, bei denen viele Menschen das Gefühl haben, dass andere Parteien sie nicht ausreichend wahrnehmen: lange Wartezeiten in der Notaufnahme, Unterrichtsausfall, übermäßige Bürokratie, unzuverlässige Verkehrsmittel und steigende Lebensunterhaltskosten. Hinzu kommen Sorgen um die Sicherheit.

Wer solche Erfahrungen macht, will konkrete Antworten. Debatten über das Gendern stehen für diese Menschen nicht an erster Stelle. Ob jüdische Menschen in Sachsen-Anhalt infolge des Wahlergebnisses etwas zu befürchten haben, kann ich derzeit nicht beurteilen. Ebenso wenig lässt sich schon sagen, ob die AfD die angesprochenen Probleme lösen würde. Ich persönlich bezweifle es.

Antisemitismus findet sich in unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft und auch in verschiedenen Parteien. Entscheidend ist für mich, ob eine Partei ihn in den eigenen Reihen erkennt und bekämpft, statt nur auf andere zu zeigen.

„Ich begrüße klare Aussagen gegen Antisemitismus“

Sie selbst weisen auf den Antisemitismus von links und speziell innerhalb der Linkspartei hin. Dabei hatten sich im Juni die Landesvorsitzenden der Linken Sachsen-Anhalt, Janina Böttger und Hendrik Lange, klar vom Antisemitismus distanziert. Beim jüngsten CSD in Halle hat Hendrik Lange die Hamas als islamistische Terrorgruppe bezeichnet. Sind solche Statements nur so daher gesagt?

Ich begrüße klare Aussagen gegen Antisemitismus. Entscheidend ist aber, was daraus innerhalb der Partei folgt. Wie schon bei der Frage zur AfD gesagt: Ich wünsche mir, dass Parteien Antisemitismus auch in den eigenen Reihen entgegentreten. Wäre ich Mitglied einer Partei, in der antisemitische Positionen offen vertreten werden, müsste ich für mich entscheiden, wie ich damit umgehe. Ich würde zunächst innerhalb der Partei widersprechen. Wenn das nichts bewirkt, müsste ich überlegen, ob ich ihr weiter angehören kann. Stillschweigendes Hinnehmen wäre für mich keine Antwort.

Eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt könnte dem BSW zukommen. Für das BSW wird künftig auch Claudia Wittig im Landtag sitzen. Die Historikerin hatte vergangenes Jahr die Lesung „Völkermord in Gaza“ im Audimax der Uni Halle veranstaltet und selbst von einem wichtigen Diskurs gesprochen. Zugleich wurde ihr aber antisemitische Propaganda vorgeworfen. Uni-Rektorin Claudia Becker bereute später die Genehmigung. Wie bewerten Sie das BSW?

Einen Eindruck vom politischen Stil des BSW vermittelte mir ein Wahlplakat unweit unserer Synagoge. Darauf waren Vladimir Selenskyj, Ursula von der Leyen und Friedrich Merz zu sehen. Die Bildsprache erinnerte mich in beklemmender Weise an historische Feindbilder in Deutschland vor 90 Jahren. Ich empfand sie als eine abgeschwächte, in die Gegenwart übertragene Variante solcher Propaganda.

Am 7. Oktober, dem Jahrestag des Hamas-Angriffs auf Israel, findet im Stadthaus die Podiumsdiskussion „Modernisierter Judenhass“ statt. Was können Sie zur Veranstaltung sagen?

Es geht um ein sehr wichtiges Thema: Was ist Antizionismus? Was dabei auffällt: Der Judenhass wird oft als legitime Kritik an Israel dargestellt. Etwa von jenen Mitgliedern der Linkspartei, die sich im Frühjahr 2026 vor der Kamera damit brüsteten, der erste antizionistische Landesverband der Partei zu sein, und zugleich abstritten, Antisemiten zu sein.

Studenten der hiesigen Kunsthochschule Burg Giebichenstein schrieben sich selbst in einem Flugblatt die Opferrolle zu: Sie würden doch nur informieren und seien dafür als Judenhasser abgestempelt worden. Dabei beschimpften sie nicht nur die Jüdische Gemeinde zu Halle, sondern forderten von der Hochschulleitung auch deren Boykott. Auf Israel werden von den Antizionisten dieser Welt Vorstellungen, Motive und Absichten projiziert, deren Nähe zu alten antijüdischen Ressentiments kaum zu übersehen ist.

Welche sind das?

Wo einst von Ritualmorden an Kindern, von Brunnenvergiftungen oder von Juden als Dämonen und Teufeln die Rede war, erscheinen zeitgenössische Varianten derselben Erzählung: Israel als Kindermörder, als Völkermörder, als Ausgeburd kolonialer Unterdrückung, als gefräßiger Moloch oder als allmächtiger Störer des Weltfriedens.

Die alten judenfeindlichen Legenden funktionieren weiter, indem sie in die politische Sprache der Gegenwart übersetzt werden. An die Stelle religiöser Anklagen treten Begriffe wie „Genozid“, „Siedlerkolonialismus“ oder „Apartheid“. An die Stelle des als Inbegriff des Bösen imaginierten Juden tritt der vermeintlich von Boshaftigkeit getriebene jüdische Staat.